# Riesaer Tageblatt

## und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 196. Montag, 24. August 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.


## Zur Ueberreichung der Note.

WTB. Das mysteriöse Dunkel, das in den letzten Tagen über die sehr peinlich wirkende Verzögerung der französischen Antwortnote geherrscht hat, ist nunmehr endlich beseitigt. Man erfährt jetzt, daß in den letzten Tagen neue Erörterungen unter den alliierten Regierungen stattgefunden haben und daß die seit Mittwoch in Berlin bei der französischen Botschaft bereitliegende Note in unverändertem Text heute Montag nachmittag der deutschen Regierung übergeben worden ist.

Die Bemühungen der polnisch-tschechischen Diplomatie, dieser Note noch besondere Klauseln über die Ostgrenzen hinzuzufügen, sind vorläufig an dem Widerspruch Englands gescheitert, sodaß man die ganze außenpolitische Situation jetzt klarer übersehen kann. Nach den aus London vorliegenden Mitteilungen ist zu entnehmen, daß die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund nach wie vor im Vordergrund steht und als Bedingung für den Abschluß eines Sicherheitspaktes aufrecht erhalten werden soll. Auf der anderen Seite soll Frankreich bereit sein, einige seiner Ansprüche auf willkürliche Aktionen gegenüber Deutschland preiszugeben. Die Londoner Regierungsstellen heben hervor, daß die französische Note vom Geiste der Versöhnlichkeit getragen sei und einen unbedingten Fortschritt darstelle.

Ueber die wirklichen Absichten der alliierten Westmächte wird in einem ausführlichen Bericht, der in Berlin eingetroffen ist, jedoch nur soviel gesagt, daß man ein baldiges Zusammenkommen der interessierten Mächte zu einer mündlichen Erörterung wünsche und daß nach englischer Auffassung zunächst eine Zusammenkunft juristischer Sachverständiger der beteiligten Mächte stattfinden soll.

Diese offiziösen englischen Mitteilungen werden ergänzt durch private Londoner Meldungen, wonach wahrscheinlich gegen Ende September eine erste Vorkonferenz in Brüssel stattfinden soll. In den deutschen Regierungskreisen würde man mit einem solchen Projekt einverstanden sein, zumal die belgische Hauptstadt den Einflüssen polnisch-tschechischer Kreise entzogen wäre und der Vorsitz der Konferenz Vertretern der belgischen Regierung zufallen würde. Der von England ausgearbeitete Plan einer Konferenz der juristischen Sachverständigen begegnet aber in Deutschland sehr lebhaftem Widerspruch, da es sich bei der Sicherheitsfrage in erster Linie um ein politisches und nur in zweiter Linie um ein juristisches Problem handeln kann. Darüber hinaus will die deutsche Regierung aber auch Gelegenheit erhalten, die Entwaffnungsfrage und die Räumung der Kölner Zone zur Sprache zu bringen, was auf einer Sachverständigenkonferenz, die sich lediglich mit dem Thema des Sicherheitspaktes beschäftigen würde, nicht möglich wäre. Nachträglich erfährt man, daß die englische Regierung absolut bereit ist, ihren Konferenzplan zu Gunsten der deutschen Einwendungen abzuändern und sich ebenfalls für eine große Vollkonferenz zu entscheiden, bei der die Staatsmänner die Hauptrolle zu spielen hätten, während die juristischen Sachverständigen in den zu bildenden Unterkommissionen die technischen Arbeiten zu erledigen hätten. Sollte es zutreffen, daß die französische Note keine weiteren schriftlichen Auseinandersetzungen herausfordern wird, dürfte es möglich sein, die diplomatischen Vorverhandlungen schon Anfang September zu eröffnen.

In dem Bericht des WTB.-Vertreters ist jedoch ein Fehler enthalten, der in Berlin einige Bedenken hervorgerufen hat. Dieser Fehler lautet folgendermaßen: „Was die in der deutschen Note gemachten Vorbehalte anbelangt, so wird von britischer Seite bemerkt, man kann von den Alliierten nicht erwarten, daß sie in Bezug auf den Vertrag von Versailles einen Handel eingehen." Hierzu erklärt man von deutsch-offiziöser Stelle, daß die letzte Note der Reichsregierung in keiner Hinsicht irgend einen Handel mit dem Versailler Vertrag beantragt habe, sondern daß man deshalb davon gesprochen hätte, einige Stellen des Versailler Vertrages, die nach dem Abschluß eines Sicherheitspaktes überholt sein würden, den neu geschaffenen Verhältnissen anzupassen. Auf diese Erörterungen kann die deutsche Regierung nicht verzichten, denn schließlich muß der Sicherheitspakt auch für Deutschland einige Vorteile haben, wenn die deutsche öffentliche Meinung sich damit einverstanden erklären soll. Sollten sich die alliierten Regierungen tatsächlich auf den Standpunkt stellen, daß an dem Versailler Vertrag nicht gerüttelt werden darf, so würde dadurch die Diskussion außerordentlich erschwert und womöglich illusorisch gemacht werden. Aus diesem Grunde würde die Reichsregierung lebhaften Widerspruch erheben, wenn die Note der französischen Regierung in dieser Hinsicht eine Ablehnung an Deutschland aussprechen sollte.

*

### Ueberreichung heute nachmittag 5 Uhr.

)( Berlin. Die Ueberreichung der französischen Antwortnote an den Minister des Auswärtigen Dr. Stresemann wird heute nachmittag 5 Uhr durch den französischen Botschafter de Margerie erfolgen. Der „Montag" nimmt an, daß die französische Regierung auf den deutschen Vorschlag, die Note am Mittwoch früh zu veröffentlichen, eingehen werde, da für eine Verzögerung der Veröffentlichung bis zum Freitag kein verständlicher Grund vorliege. Wie das Blatt weiter mitteilt, wird sich am Dienstag vormittag ein Ministerrat mit der Note beschäftigen.

## Beginn der französisch-englischen Schuldenverhandlungen.

### Caillaux in London.

London, 23. August. Der **französische Finanzminister Caillaux ist hier eingetroffen,** um mit Churchill über die Schuldenfrage zu verhandeln.

**Die Londoner Presse zu Caillaux' Besuche in England.**

)( London. Die gesamte britische Presse erörtert mit lebhaftestem Interesse den Besuch Caillaux' im britischen Schatzamt. Die Blätter heben hervor, daß die **Verhandlungen zur Regelung der französischen Kriegsschulden an Großbritannien** angesichts der von den beiden Regierungen vertretenen Ansichten **sehr schwierig** sein werden.

Der Pariser Berichterstatter des **Observer** schreibt u. a.: Bei den bevorstehenden Erörterungen wird die **Industriekrisis in Deutschland** und ihr Einfluß auf alle Kriegsschulden nicht vollkommen unberücksichtigt bleiben dürfen.

**Garvin** schreibt in dem gleichen Blatte: Es ist höchst wünschenswert, daß Caillaux' Verhandlungen Erfolg haben werden. **Caillaux' Besuch ist der wichtigste, der seit Jahren englischen Boden betreten** hat, denn Caillaux ist ein Mann, der im Leben Frankreichs und Europas noch lange Jahre eine immer wichtiger werdende Rolle spielen wird. Caillaux wird zwar keineswegs ein leichter Unterhändler sein, aber er weiß wenigstens, daß eine Regelung der Schuldenfrage zustande kommen muß. Garvin befaßt sich dann eingehend mit der „sechzigjährigen Liquidation zwischen den Vereinigten Staaten und Europa", weist darauf hin, daß die Sympathien der Alliierten für die Vereinigten Staaten im Schwinden begriffen seien, und daß infolge der Haltung Amerikas gegenüber Großbritannien die britische Regierung gezwungen sei, die Rückzahlung ihrer Anleihen von den Alliierten zu verlangen, und erklärt weiter, er glaube nicht, daß sich die Regelung der Schulden glatt und programmäßig bis 1980 oder 1990 abwickeln werde, glaube vielmehr, daß „die künftigen Staatsmänner Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands danach streben müssen, zwischen diesen drei Ländern — Belgien und Italien nicht ausgeschlossen — ein System wirtschaftlichen Zusammenwirkens zu schaffen, das sich mindestens bis in die afrikanische Kolonialsphäre ausdehne." Dies würde ein Mittel sein, um das Problem der europäischen Versöhnung und Sicherheit zu lösen. Wann diese Bewegung einsetzen werde, könne man ebenso wenig voraussagen wie, ob sie von Caillaux geführt werde, wenn er eines Tages ein starker Premierminister Frankreichs sein werde, oder etwa von Lloyd George, wenn dieser wiederum an der Spitze eines nationalen Ministeriums zur Macht komme, oder von irgend einem anderen Führer. Garvin schließt, der Zwang, an Amerika Rückzahlungen leisten zu müssen, werde mehr als der Völkerbund dazu beitragen, Einigkeit, Macht und Reichtum Europas zu fördern.

## Tödlicher Unfall des lettischen Außenministers.

)( Riga, 23. August. **Der Minister des Aeußern Meierowics ist bei einem Automobilunfall tödlich verunglückt.**

)( Riga. Die Nachricht von dem Tod des Außenministers Meierowics ist hier **in allen Kreisen mit großer Trauer aufgenommen** worden. In den Artikeln der Blätter werden die Verdienste des Toten um sein Land eingehend gewürdigt und wird der Verlust, den Lettland durch den Tod dieses hervorragenden Mannes erleidet, unterstrichen.

**Ueber das Unglück,**

dem Minister Meierowics zum Opfer fiel, sind inzwischen folgende Einzelheiten bekannt geworden: Der Außenminister hatte zusammen mit seiner Gemahlin und seinen Kindern von Tukkum aus eine Fahrt im Automobil unternommen. An einer Biegung der Straße, die an dieser Stelle steil abfällt, kam der Wagen aus der Fahrbahn, rutschte über den Abhang und schlug um. Während der Minister mit schweren Verletzungen am Kopf und im Genick bewußtlos liegen blieb, kamen seine Gemahlin und seine Kinder mit leichten Verletzungen davon. Der Wagenlenker, der ebenfalls nur leicht verletzt war, machte sich sofort auf den Weg, um Hilfe herbeizuholen. Aus der nächst gelegenen Ortschaft, etwa 2 Kilometer von der Unglücksstelle entfernt, kamen alsbald mit Vertretern der örtlichen Behörde Aerzte, die aber nur den Tod des Außenministers feststellen konnten. Der Leichnam des Verstorbenen ist inzwischen nach Riga übergeführt worden.

## Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich.

)( Paris. (Funkspruch.) Zwischen Sens und Etigny ist der Zug Nr. 659, der 8.05 Uhr von Lyon nach Paris abgeht, und der Zug Nr. 21, der 7.55 Uhr von Paris nach Cette abgeht, zusammengestoßen. Nach bisherigen Meldungen ist der Schnellzug Nr. 21 in der Nähe des Bahnhofes von Sens stehen geblieben, als der Schnellzug Nr. 659 auf ihn auffuhr. Die Gleise sind gesperrt. Nach einer Auskunft auf dem Lyoner Bahnhof in Paris hat man um 2 Uhr morgens **bisher 4 oder 5 Tote und ungefähr 20 Verletzte aus den Trümmern hervorgezogen.** Von Paris ist ein Extrazug an die Unglücksstätte abgegangen.

## Für und wider die Arbeitslosenversicherung.

WW. Im Rahmen der „Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" haben sich Vertreter der beteiligten Interessentengruppen und Männer der Sozialwissenschaft getroffen, um über ein vom Reiche zu erlassendes Arbeitslosenversicherungs-Gesetz zu beraten. Der Plan einer Arbeitslosenversicherung ist schon mehrere Jahre alt. Es handelt sich dabei um folgendes: Jeder gegen Arbeitslosigkeit versicherte Arbeitnehmer erhält eine regelmäßige Unterstützung, wenn er keine anderweitige ähnlich geartete Beschäftigung zu finden vermag. — Die Arbeitslosenversicherung gilt vielen als die Krönung des von Deutschland seit Jahrzehnten betriebenen sozialpolitischen Werkes. Darüber, daß eine solche Versicherung in hohem Grade erwünscht ist, braucht kaum ein Wort verloren zu werden. Es liegt in der Natur der Wirtschaft, daß sie nicht zu allen Zeiten alle verfügbaren Arbeitskräfte gebraucht. Innerhalb des gleichen Jahres pflegen die Zeit der Feldbestellung und der Ernte sowie die Wege- und Häuserbau-Saison den größten Teil der wirtschaftlichen Reservearmee aufzusaugen. Im Winter dagegen pflegt die Arbeitslosigkeit im allgemeinen zuzunehmen. In einem gewissen Turnus wechseln aber auch Jahre der Hochkonjunktur mit solchen schlechten Geschäftsganges ab. Um in Zeiten lebhaften Warenabsatzes die Produktion steigern zu können, müssen Arbeitskräfte verfügbar sein, die in Zeiten schlechten Warenabsatzes keine Beschäftigung finden können. Darum ist es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, daß die moderne Wirtschaft für die Arbeitslosen eintritt, die sich in Zeiten schlechter Konjunktur für die Zeiten guter Konjunktur bereithalten.

Bei der praktischen Durchführung der Arbeitslosen-Versicherung bereitet der Begriff der „Arbeitslosigkeit" erhebliche Schwierigkeiten. Wer ist eigentlich arbeitslos? Die Antwort erscheint einfach: Wer keine Arbeit findet. Die Erfahrung hat jedoch gelehrt, daß manche Menschen ein besonderes Talent darin besitzen, keine geeignete Arbeit zu finden. Wenn der Arbeitslohn nicht wesentlich höher ist als die Arbeitslosenentschädigung, so ist für arbeitsscheue Personen der Anreiz zum Auffinden von Arbeitsgelegenheit nur gering. Auch ist es schwer, festzustellen, ob eine als Ersatz gebotene Tätigkeit „gleichartig", „ähnlich geartet" oder „gleichwertig" ist. Ein arbeitsamer Mensch übernimmt bereitwillig Obliegenheiten, die ihm bisher ziemlich ferngelegen haben; ein arbeitsscheuer Mensch dagegen legt einen sehr strengen Maßstab an die ihm angebotene Ersatzbeschäftigung. Die oft gehörte Behauptung, daß die Arbeitslosenversicherung eine Prämierung der Faulheit und der Indolenz sei, enthält einen berechtigten Kern, ist jedoch zweifellos stark übertrieben. Auf die Dauer läßt sich die Arbeitslosenversicherung nur bei einem **allgemein hohen Stand der Arbeitsmoral** ohne Schaden für Volk und Wirtschaft durchführen. Eine Mehrbelastung gegenüber dem bisherigen Zustand würde bei Einführung der Arbeitslosenversicherung nicht befürchten zu sein. Bisher wurden Arbeitslosenunterstützungen charitativen Charakters gewährt, für welche die Mittel natürlich auch aus den Erträgen der Wirtschaft bereitgestellt werden mußten. Die Einführung einer Arbeitslosenversicherung würde den Arbeitslosen einen Rechtsanspruch auf Entschädigung gewähren und vielleicht Anlaß geben, eine Aenderung in der Aufbringung der nötigen Mittel eintreten zu lassen. Bei der Durchführung der Arbeitslosenversicherung muß streng darauf Bedacht genommen werden, daß wirklich nur die ohne eigene Schuld arbeitslos Gewordenen und arbeitslos Bleibenden Renten erhalten, und daß eine lose Ausnutzung der sozialen Wohltat nach Möglichkeit verhindert wird.

## Weitere Ausweisung polnischer Optanten aus Deutschland.

)( Berlin. Nach den in letzter Zeit getroffenen Feststellungen sind in etwa fünfzig Fällen **Abschiebungen deutscher Optanten,** die innerhalb der festgesetzten Frist nicht abgewandert waren, durch die polnischen Behörden erfolgt. Da überdies die polnische Regierung erklärt hat, daß eine Anweisung an die polnischen Behörden, die zwangsweise Abtransportierung zu unterlassen, im Gegensatz zu polnischen Pressemeldungen nicht ergangen sei, vielmehr die polnische Regierung der deutschen Gesandtschaft in Warschau erklärt hat, daß alle noch illegal in Polen verbliebenen Optanten Polen bis spätestens zum 1. November dieses Jahres verlassen müßten, hat auch die preußische Regierung im Einverständnis mit der Reichsregierung die zuständigen Regierungspräsidenten angewiesen, zunächst eine gleiche Zahl polnischer Optanten in Deutschland, die der wiederholten Abwanderungsaufforderung nicht Folge geleistet haben, zum Verlassen des Reichsgebiets zu zwingen. Die übrigen noch in Deutschland verbliebenen polnischen Optanten werden Zug um Zug in demselben Tempo, in dem die polnische Regierung vorgeht, ausgewiesen werden.

## Eingeborenenaufstand im Belgischen Kongo.

)( Kapstadt. Nach hier eingegangenen Telegrammen aus Elisabethville (Belgischer Kongo) haben eingeborene **religiöse Fanatiker** in der Gegend von Sakania **fünfzig Eingeborene eines Dorfes niedergemetzelt.** Eine Abteilung eingeborener Polizei, die in die Gegend entsandt wurde, um Erkundigungen einzuholen, wurde von den Aufständischen unter Verlusten zurückgeschlagen. Die belgischen Behörden haben Truppen von Elisabethville entsandt, um die Ruhe wieder herzustellen.

SLUB
Wir führen Wissen.